

Die Städte der Zukunft: Weltkonferenz Urban 21 in Berlin

Autor(en): **Gadient, Hansjörg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Ingenieur und Architekt**

Band (Jahr): **118 (2000)**

Heft 44: **Zukunft der Städte**

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-79999>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Städte der Zukunft

Weltkonferenz Urban21 in Berlin

Beim Erdgipfel in Rio begann 1992 die Diskussion über unsere Zukunft und mündete in der Forderung einer nachhaltigen Entwicklung. Mit Habitat II in Istanbul wurde der internationale Dialog 1996 fortgesetzt. In der Folge dieser Treffen fand in Berlin vom 4.-6. Juli 2000 der Weltkongress zur Zukunft der Städte, Urban21, statt. Fachleute aus der ganzen Welt trafen sich, um über die Entwicklungschancen und -probleme der Städte und Siedlungen zu diskutieren. Ein sogenannter Weltbericht diente dem Kongress zur Vorbereitung und die «Berliner Erklärung zur Zukunft der Städte» schloss ihn ab.

«Wir leben in einer Welt der raschen Verstädterung. Bis zum Jahr 2025 werden mehr als 60% der Weltbevölkerung in Städten leben. Es gibt zwar enorme Probleme in den Städten wie Kriminalität, Arbeitslosigkeit und Verfall der Infrastrukturen; aber die Städte sind auch voller Dynamik und haben die meisten kulturellen, intellektuellen und technischen Errungenschaften der Welt hervorgebracht. Städte sind Zentren der Zivilisation, Schmelztiegel von Ideen und Zugkräfte des Fortschritts. Sie können auch als Vorbild der Demokratie, der Vielfalt und der multikulturellen Lebensart dienen. Es besteht also Hoffnung: die Hoffnung, dass Städte und ihre Bürger neue Wege finden, um das Wohlergehen der Einwohner, den Zusammenhalt ihrer Gemeinschaften und die globale Umwelt gegen schädliche Eingriffe zu schützen.» Kofi A. Annan, Generalsekretär der Vereinten Nationen in der Eröffnungsrede zur Urban21.

Ein Szenario

Die Städte der Zukunft werden schwach strukturierte und endlos ausgedehnte Gebilde mit Einwohnerzahlen zwischen einer und 30 Millionen sein. Einige von ihnen werden sich wie die Hansa-Städte im Mittelalter zusammen schliessen, um ihre besonderen Interessen über alle Grenzen hinweg zu stärken. Nationale Identitäten

und herkömmliche Staaten werden ihre Bedeutung verlieren, ebenso ihre Regierungen, die zu reinen Moderatoren kaum kontrollierbarer Entwicklungen verkümmert sein werden. Stattdessen werden global agierende Firmen ihre Interessen am jeweils günstigsten Ort durchsetzen und die Stadtentwicklung nach ihrem Bedarf steuern. Ihre hoch bezahlten Manager und Angestellten werden in abgeschotteten Wohnvierteln leben und in stark verdichteten Verwaltungszentren arbeiten. Sie werden sich ausserdem nur in wenigen, attraktiven Quartieren der Stadt aufhalten und dort kulturelle Höchstleistungen und Produkte mit Luxusqualität verlangen. Dort, wo diese Spitzenverdiener Wohnraum, Dienstleistungen oder handwerkliche Leistungen in Anspruch nehmen, verändert sich die Stadt am schnellsten, meist zu Lasten der ansässigen Bevölkerung.

Auf der anderen Seite der Einkommensskala kämpfen die Ärmsten Tag für Tag ums nackte Überleben. Armut, Hunger und Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit und der Verlust der Menschenwürde sind ihr tägliches Brot. Da von politischer Seite keinerlei Hilfe mehr zu erwarten ist, bilden sich in vielen Bereichen der Agglomerationen Selbsthilfegruppen aller Art, um vor Ort die Zustände zu verbessern. Es sind in erster Linie die Frauen, die die Initiative ergreifen und sich zu grossen Gruppen zusammenschliessen, um sich gegenüber Banken, Firmen und Politikern als Verhandlungspartnerinnen behaupten zu können. Sie versuchen ausserdem, in anderen Grossstädten der Welt Verbündete zu finden, um Erfahrungen und Strategien auszutauschen. Mit ihrer Arbeit erreichen sie mit minimalsten Mitteln zwar sehr viel, bleiben aber trotzdem die Verliererinnen im Kampf um Ressourcen und Einfluss.

Die Kluft zwischen Arm und Reich ist praktisch unüberbrückbar geworden. Die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in einer Stadt haben kaum Kontakt zu einander. Die Reichen in ihren inselartigen Stadtteilen haben mehr mit den reichen Bewohnern anderer Stadtinseln zu tun als mit den restlichen Bewohnern ihrer eigenen Stadt. Die Armen haben weder die Möglichkeit, mit den reichen Mitbewohnern ihrer eigenen Stadt noch mit den Armen anderer Städte Kontakt aufzunehmen. In Afrika und Asien hat Aids die Altersgruppe der sexuell aktiven Bevölkerung in

ganzen Landstrichen, darunter in einigen der grossen Agglomerationen, getötet. Trotzdem sind Medikamente für die Ärmsten der Armen noch immer unerschwinglich. Der Verbrauch von Erdöl und der damit verbundene Ausstoss von CO₂ in den Gebieten der Dienstleistungsstädte und in den boomenden Industriestädten der ehemaligen Entwicklungsländer ist unverändert hoch; die Regenwälder werden kontinuierlich weiter abgeholzt. Es ist zwar allgemein anerkannt, dass diese Entwicklungen weltweite Konsequenzen haben, aber die Forderung nach einer internationalen Kontrolle ist nach wie vor folgenlos.

Dieses düstere Szenario für die Städte im Jahr 2020 basiert auf einer Mischung von Aussagen von verschiedenen Teilnehmern an der Urban21 in Berlin. Es sind dies vor allem die Soziologin und Stadttheoretikerin Saskia Sassen¹ aus New York, der Architekt und Urbanist Jorge Wilhelm aus Sao Paulo und die Gründerin der Society for the Promotion of Area Resource Centres, Sheela Patel aus Mumbai. Ihre sehr differenzierten Redebeiträge während des Kongresses sind hier gezielt ausgewählt und verkürzt dargestellt worden, um einen Eindruck davon zu vermitteln, was eintreffen könnte, wenn den herrschenden Trends der Entwicklung der Städte kein Einhalt geboten wird.

Der Weltbericht

Als Basispapier für die Konferenz ist ein Bericht² erschienen, der diese pessimistische Sicht nicht unterstützt. Im Gegenteil; die Weltkommission, die ihn erarbeitet hat, sieht Grund für Optimismus. Mit Demokratisierung und guter Selbstverwaltung («Good Governance»), Wirtschaftswachstum und technischem Fortschritt, mit der Vernetzung von Informationen und der Verbesserung der Ausbildungen sollen die Probleme der Städte der Welt zu bewältigen sein. Wie dies konkret zu leisten sei, bleibt offen, und die Lösungsansätze, die für die notwendige Trendumkehr genannt werden, muten über weite Strecken wie reines Wunschdenken an. Wegen dieser Realitätsferne wurde der Bericht während des Kongresses insbesondere von Vertretern aus Afrika, Lateinamerika und Asien stark kritisiert. Ebenso kritisch wurde seine neo-liberale Tendenz³ und die geradezu klinische Reinheit von jeglichen Aussagen zu den Machtverhältnissen⁴ in den Städten kommentiert. Und es fehlen klare Aussagen zum Desinteresse der Politik für Armut und Obdachlosigkeit.⁵ Trotz aller Kritik hat sich der Bericht gut als Diskussionsgrundlage für den Kongress geeignet. In einem ersten Teil beschreibt er die heutige Situation und macht prognostische Aussagen für die Entwicklung der Städte. Parallel dazu wird unter dem Titel «Trendumkehr» ein Szenario entworfen, das eine korrigierte Situation zeigt. In einem zweiten Teil werden Leitlinien für eine städtische Selbstverwaltung genannt und in einem dritten ein Aktionsplan für gute Selbstverwaltung in der Praxis.

Bevölkerungsexplosion

Heute lebt bereits die Mehrheit der Weltbevölkerung in Städten; in fünfundzwanzig Jahren werden es zwei Drittel sein, das heisst mehr als fünf Milliarden Menschen. Während die Bevölkerungszahlen in den Städten Nordamerikas und Europas sowie einiger Staaten in Fernost stagnieren, werden die Grossagglomerationen in Lateinamerika, Afrika und vor allem Asien unaufhaltsam weiter wachsen. Sie weisen Zuwachsraten von jährlich bis zu 4% auf, was einer Verdoppelung der Stadtbevölkerung alle 13 Jahre entspricht. Im Jahr 2015 wird es nach Berechnungen der Vereinten Nationen⁶ bereits 385 Millionenstädte geben, von denen sich mindestens 153 in Asien befinden. Von den dann existierenden 27 Megastädten mit je über 10 Millionen Einwohnern werden 18 ebenfalls in Asien liegen. Gemäss den UN-Prognosen werden die folgenden Städte im Jahr 2015 über 20 Millionen Einwohner aufweisen: Tokio (28,7 Mio), Bombay (27,3 Mio), Lagos (24,4 Mio), Schanghai (23,3 Mio), Jakarta (21,1 Mio), Sao Paulo (20,8 Mio) und Karachi (20,6 Mio).

Drei Kategorien von Städten

Der Bericht teilt die Städte der Welt nach dem Stand ihrer Entwicklung in drei Kategorien ein: Erstens die von spontanem und übermässigem Wachstum geprägten Städte. Zweitens dynamisch wachsende Städte. Und drittens die von Überalterung geprägten Städte. Bei dieser sehr groben Einteilung werden Unterschiede notwendigerweise eingeebnet. Dies betrifft zum Beispiel Städte wie New York und Los Angeles. Beide sind in der dritten Kategorie zu finden, haben als extrem verdichtete und extrem ausgebreitete Formen aber sehr unterschiedliche Probleme. Ausserdem gibt es Städte im sich entwickelnden osteuropäischen Raum, für die eine eigene Kategorie eingeführt werden müsste. Letztlich ist jede Stadt ein Einzelfall, der sich bei genauerer Betrachtung als Mischung aller drei Typen mit unterschiedlicher Gewichtung darstellen lässt. Für jeden Stadtyp zeigt der Bericht zwei Szenarien, einmal unkorrigiert, dann mit Massnahmen zur Trendumkehr.

Von übermässigem Wachstum geprägte Städte

Sie liegen südlich der Sahara in Afrika, auf dem indischen Subkontinent, in den moslemisch geprägten Ländern des Nahen und Mittleren Ostens und in einigen ärmeren Ländern Südamerikas und der Karibik. Zuwanderung vom Land und ungebremstes Bevölkerungswachstum führen zur Verdreifachung der Einwohnerzahlen in den nächsten 25 Jahren. Indien ist auf dem Weg, China als bevölkerungsreichstes Land der Erde zu überholen. In den meisten afrikanischen Ländern südlich der Sahara wird Aids wegen fehlender Aufklärung und Medikamente grosse Teile der Generation der sexuell aktiven Menschen umbringen. Die Toten lassen unversorgte Eltern und Kinder zurück. In den am stärksten betroffenen Ländern ist schon heute ein Drittel der Bevölkerung mit HIV infiziert. Die fehlende Ausbildung führt zu einem riesigen Überangebot an unqualifizierten Arbeitskräften, für die es kaum Arbeit gibt. Die Schattenwirtschaft blüht. Die offizielle Wirt-



schaft ist auf dem Weltmarkt kaum konkurrenzfähig. Die Zahl der in Armut lebenden Menschen wird sich verdoppeln. Davon sind vor allem Frauen betroffen. Für die Lösung dieser enormen Probleme sieht der Bericht vor allem die Notwendigkeit eines grundlegenden politischen Wandels. Um die Bevölkerungsexplosion zu bremsen, sollen bildungspolitische Massnahmen ergriffen werden. Gemäss den Erfahrungen in Ostasien ist das wirksamste Mittel, die Schulbildung der Frauen zu verbessern. Dadurch sinken die Geburtenraten und der Zeitraum bis zur ersten Geburt wird länger. Die heute noch weitgehend rechtlosen Frauen erhalten mit einer verbesserten Ausbildung eher eine Chance, sich zu emanzipieren und ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Kleinkredite sollen sie dabei unterstützen. Die einzelnen Staaten, überstaatliche Institutionen und die grossen Pharmafirmen müssen Programme starten, um Aids mittels Aufklärung und billigen Medikamenten einzudämmen. Durch Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit müssen das Wirtschaftswachstum beschleunigt und die Fertigungsmethoden verbessert werden. Die Schattenwirtschaft muss Schritt für Schritt in die offizielle Wirtschaft integriert werden. Auch im wirtschaftlichen Bereich sind Ausbildung und Fortbildung die wichtigsten Instrumente für eine Verbesserung. Die nicht genehmigten und planlos gewachsenen Siedlungen sollen als Stadtteile anerkannt und mit den notwendigsten Infrastruktureinrichtungen versehen werden. Zu einem grossen Teil sollen die Verwal-

tungen dabei auf die Kapazitäten privater Firmen zurückgreifen, so zum Beispiel im Sektor Wasserwirtschaft, Abwasser- und Müllentsorgung. Kostengünstige Busnetze und vor allem das Fahrrad sollen den mit dem wirtschaftlichen Wachstum verbundenen Mobilitätsbedarf decken.

Dynamisch wachsende Städte

Sie liegen in Ländern mit mittlerem Einkommensniveau, die sich schnell entwickeln, so in weiten Teilen Ostafrikas, Lateinamerikas und der Karibik, im Nahen und Mittleren Osten. Die steigende Produktivität führt zu einem höheren Lebensstandard, aber auch zu neuen Problemen im Hinblick auf die Nachhaltigkeit. Trotz einer vergleichsweise jungen Stadtbevölkerung gehen die Geburtenraten drastisch zurück. Dies führt kurzfristig zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung und langfristig zu grossen Problemen bei der Versorgung der nicht mehr erwerbsfähigen Älteren durch eine geringere Zahl an jüngeren Erwerbstätigen. Es herrscht eine duale Volkswirtschaft mit wohlhabenden, eher der offiziellen Wirtschaft zugehörigen Städten einerseits und der Schattenwirtschaft zugehörigen Städten andererseits. Das Zusammenleben der wohlhabenden und der ärmeren Städter hat erhebliche soziale Spannungen zur Folge. In Lateinamerika kommt es zu Grundstücksbesetzungen durch Mitglieder nicht integrierter gesellschaftlicher Gruppen, die dort eigene soziale Ordnungen etablieren. Um die Megastädte

herum bilden sich Agglomerationen mit 10 bis 20 Millionen Einwohnern. Das zunehmende Einkommen führt in allen Bereichen des Raum- und Ressourcenverbrauchs zu unverträglichen Steigerungen. Die Mobilität nimmt wegen des ungebremsten Wachstums wenig verdichteter Gebiete stark zu. Der Bestand privater Autos wächst schnell, damit verbunden die Umweltverschmutzung. Etwa im Jahr 2010 wird die Erdölförderung ihren höchsten Stand erreichen, dem ein plötzlicher und drastischer Anstieg der Preise und damit verbunden eine globale Energiekrise wie diejenige der 1970er-Jahre folgen wird.

Diesen fatalen Entwicklungen soll mit den folgenden Massnahmen zur Trendumkehr begegnet werden: Auch in den dynamisch wachsenden Städten ist ein grundlegender politischer Wandel notwendig. Durch Lernen von den weiter entwickelten Städten und die Nutzung internationaler Beziehungen und Beispiele sollen die Städte ihre Entwicklung in Richtung Nachhaltigkeit verbessern. Eine Hebung des Bildungsniveaus, insbesondere bei den Frauen, senkt die Geburtenraten. Den dadurch entstehenden Problemen bei der Altersversorgung in 20 bis 30 Jahren soll mit privater Vorsorge und einem längeren Arbeitsleben begegnet werden. Die Fertigungsbetriebe stellen auf kapital- und wissensintensivere Methoden um, und die Grossstädte wandeln sich zunehmend zu Dienstleistungszentren. Die besser ausgebildeten Arbeitskräfte und stabilisierte politische Verhältnisse ziehen internationale Investitionen an. Die bessere Schulbildung baut Ungleichheiten bei den Bildungschancen ab. Die Informationstechnologien können eine Revolution des Bildungswesens bringen und zum Abbau von Diskriminierungen beitragen. Der wirtschaftliche Aufschwung führt zur Bildung eines neuen Mittelstandes, der seinerseits zu einer Anerkennung der inoffiziell entstandenen Stadtviertel beiträgt. Dort bilden die Bewohner Selbsthilfeinitiativen zur Verbesserung ihrer Situation. Sie erhalten nach und nach mehr Einfluss und mehr kommunale Gelder. Die Verwaltung wird in weiten Teilen dezentralisiert. In einigen Städten entstehen völlig neue Lösungsansätze zur Bewältigung von Umweltproblemen, so zum Beispiel neuartige Recyclingprogramme oder Verkehrslösungen. Diese werden dank der Informationsvernetzung schnell zu Vorbildern für eine nachhaltige Entwicklung in anderen Städten. In den dichten innerstädtischen Gebieten werden mit Grossraumautos und -bussen sowie Mitfahrgelegenheiten Mittel gegen den Verkehrskollaps gesucht. Statt teurer U-Bahnen werden zunehmend Buslinien eingesetzt und eigene Spuren für Fahrräder.

Von Überalterung geprägte ausgewachsene Städte

Sie liegen in Nordamerika, Europa, Teilen Asiens und in Australien. Es sind wohlhabende Städte mit Einwohnern von überwiegend hohem Bildungsstand. Eine Vielzahl von Interessenverflechtungen führt zu politischer Trägheit. Das Hauptproblem stellt die Anpassung an die Bedürfnisse einer alternden Bevölkerung dar. Die Geburtenrate in europäischen Städten beträgt nur noch 13 bis 14 Kinder pro 1000 Einwohner. Die Versorgung der Alten wird verstärkt von privaten Anbietern übernommen und ist entsprechend teuer. Die Sozialausgaben des Staates steigen massiv. Es kommt zu politischen Spannungen zwischen jungen und alten Stadtbewohnern. Die Bevölkerung teilt sich gesellschaftlich und geographisch in gebildete Reiche und ungebildete Arme, die sich jeweils ausschliesslich in ihren eigenen Vierteln aufhalten. Das Problem der Armut ist nicht gelöst und führt bei den benachteiligten Bevölkerungsschichten zu Aggression und Gewalt. Die Kriminalitätsraten steigen, insbesondere bei Eigentumsdelikten, Körperverletzung und Beschaffungskriminalität. Der Bedarf an Wohnraum steigt wegen der hohen Zahlen an Einpersonenhaushalten noch immer an. Die «reifen» Städte weisen weltweit den höchsten Energie- und Wasserverbrauch sowie den grössten Bedarf an Wohnraum und Rohstoffen pro Kopf auf. Der Korrektur dieser Zustände steht die Trägheit der Politik entgegen. Trotz des technischen Fortschritts wird daher die Belastung der Umwelt noch weiter zunehmen.

Eine Trendumkehr in den «reifen» Städten würde so aussehen: Auch hier ist ein grundlegender politischer Wandel notwendig. «Begründeter Eigennutz» soll seine treibende Kraft sein. Eine radikale neo-liberale Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik soll die notwendigen Verbesserungen bringen. So sollen die Einkommenssteuern und Sozialabgaben gesenkt, die Märkte dereguliert, die private Vorsorge gefördert, die Lebensarbeitszeit verlängert und die Abhängigkeit der älteren Menschen von staatlichen und privaten Versorgungseinrichtungen vermindert werden. Durch die Zuwanderung von gut ausgebildeten jungen Leuten wird in den betroffenen Wirtschafts- und Dienstleistungsbereichen wie zum Beispiel in den Pflegeberufen die Personalknappheit behoben. Die Hochschulen nehmen mehr ausländische Studenten an und integrieren sie, um einer gettoisierten Unterschicht vorzubeugen. Die Städte werden ethnisch und kulturell vielfältiger. Kooperative Wohnformen von Alten und Jungen finden rasche Verbreitung. Konzepte zur Lösung der mit dem Alter verbundenen Probleme führen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zu einem Anreiz für die Wirtschaft. Auf dem Gebiet des übermässigen Energieverbrauchs und dem damit verbundenen CO₂-Ausstoss sieht der Bericht einen völligen Übergang zu Sonnenenergie und Wasserstoff als Energieträger. Er setzt ausserdem auf die Entwicklung eines schadstofffreien Autos. In Gebäuden und im Verkehr kommen zudem computergesteuerte Systeme zum Einsatz, die den Energieverbrauch minimieren und die Nutzung der eingesetzten Mittel optimieren. Städtebauliches Ziel ist es, die traditionelle gemischte Stadt zu erhalten. Dafür

soll die Abwanderung an den Stadtrand gebremst werden. Alte und Junge sollen möglichst in denselben Quartieren leben, damit Nachbarschaftshilfe als Ersatz für fehlende familiäre Bindungen möglich wird.

Leitlinien für eine städtische Selbstverwaltung

Der Bericht geht davon aus, dass nur die Städte selbst ihre Probleme lösen können. Für diese Selbstverwaltung werden Regeln aufgestellt. Erstens Subsidiarität: Entscheidungen und Leistungen sollten auf der tiefsten hierarchischen Stufe erfolgen, auf der sie möglich sind. Darüber hinaus sind Regeln notwendig für die Lösung von Problemen zwischen den politisch selbständigen Städten. Zweitens Solidarität: Sie muss sowohl innerhalb der Stadt als auch zwischen den Städten gefördert werden. Ausgleichszahlungen und Mindestleistungen von der Schulbildung bis zur Wasserversorgung nennt der Bericht als Massnahmen. Drittens Partnerschaft zwischen Staat und Privatwirtschaft: Die Stadtpolitik muss in Einklang mit den Märkten gebracht werden, um optimal zu funktionieren. Trotzdem muss die Politik Machtverhältnisse nicht als gottgegeben hinnehmen. Viertens Partnerschaft zwischen Staat und Bürgern: Der Staat soll sich auf die dringendsten Aufgaben beschränken und externe Kräfte mobilisieren. Überstaatliche Organisationen und Bürgerinitiativen übernehmen wichtige Aufgaben. Fünftens Gemeinschaftli-

ches Handeln mehrerer staatlicher Ebenen: Die Aufgabenverteilung zwischen Zentralregierung und Stadtparlamenten muss neu definiert werden. Dabei soll die Zentralregierung nicht mehr übergeordnet sein, sondern einfach andere Aufgaben erfüllen. Sechstens die Trennung von Politik und wirtschaftlicher Tätigkeit: Die Stadtverwaltungen sollen stets der wirtschaftlichsten Lösung den Vorzug geben. Das heisst in vielen Fällen Privatisierung ehemaliger kommunaler Aufgaben. Siebtens, aus bewährten Methoden lernen: Wettbewerb ist der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung. Die schnellere Verbreitung von Wissen und die Beschleunigung von Lernprozessen sind dabei von zentraler Bedeutung.

Das folgende Kapitel des Berichts widmet sich dann dem Thema gute Selbstverwaltung in der Praxis. Aus Platzgründen wird hier auf eine detaillierte Darstellung verzichtet. Wie in den oben geschilderten Leitlinien geht es um die Dezentralisierung von Entscheidungsbefugnissen und Privatisierung kommunaler Aufgaben. Die verstärkte Berücksichtigung von Umweltbelangen sind ein weiteres Thema und es wird darauf hingewiesen, dass sowohl Armut als auch Wohlstand fast überall nur negative Auswirkungen auf die Umwelt haben. Im folgenden werden dann für die drei Kategorien von Städten Ziele für die weitere Entwicklung in Richtung Nachhaltigkeit aufgelistet und beschrieben.⁷





Die Konferenz

Sowohl im Bericht als auch in den Vorträgen und Diskussionen der Konferenz haben sich besondere Themen und Tendenzen für die weitere Entwicklung abgezeichnet. Dabei sind es nicht nur die Aspekte, die die Städte unmittelbar betreffen wie etwa Migration oder Dezentralisation, sondern auch kulturelle, soziale und technische Entwicklungen, die weitgehende Auswirkungen auf das Leben in den Städten haben.

Armut

Die Armut selbst und die schnell wachsende Kluft zwischen Arm und Reich ist eines der grössten Probleme. Während die Armen um das nackte Überleben kämpfen, sich selber Obdach schaffen müssen und zu den meisten – für die erste Welt selbstverständlichen – Dingen keinen Zugang haben, geht es bei den Reichen nur noch um die Steigerung des Luxus und die damit verbundene Verschwendung von Ressourcen.

In den Statements der unterschiedlichsten Teilnehmer tauchte das Thema auf: «Die Armut wird in den Slums gelebt und in den Finanzzentren gemacht»⁸, Kirtee Shah. «Armut und Obdachlosigkeit sind die entscheidenden Herausforderungen. Das Problem ist der fehlende politische Wille»⁹, Saskia Sassen. «Die wichtigste Aufgabe ist der Kampf gegen die Armut. Und dazu gehört der Schuldenerlass für die ärmsten Länder»¹⁰, Heidemarie Wiczorek-Zeul. «Die Summen für internationale Entwicklungszusammenarbeit waren nie

geringer als heute, wo so riesige Gewinne aus der Globalisierung gezogen werden»¹¹, Tommy Koh. Schon im vorbereitenden Weltbericht war das Thema Armut zwar als eines der grossen Probleme dargestellt worden, während des Kongresses wurde aber vor allem von den Nicht-Regierungs-Organisationen und in den Foren Afrikas und Asiens kritisiert, dass dem Problem sehr viel mehr Gewicht zukommen muss, nicht nur im Hinblick auf eine zukünftige Entwicklung, sondern als brennendstes Problem der heutigen Zeit. Eine Teilnehmerin, die in den Slums von Addis Abbeba mit den Ärmsten der Armen arbeitet, sagte sehr einfach: «Für diese Menschen gibt es nur eine Frage: wie überlebe ich heute und was gebe ich heute meinem Kind zu essen. Heute, nicht morgen oder übermorgen»¹², Jember Teferra. Und ein anderer Teilnehmer: «Solange die Armen verhungern, ist nachhaltige Entwicklung ein leeres Schlagwort»¹³, Kirtee Shah.

Globalisierung und Grenzen

Das, was wir heute noch als nationale Grenzen kennen, ist zu einem grossen Teil gar nicht mehr vorhanden. Der internationale Kapital- und Informationsfluss beispielsweise ignoriert längst alle Landesgrenzen. Weltweit agierende Firmen suchen sich ihre Produktions- und Verwaltungsstandorte nach lokalen Kriterien aus. Der freie Informationsfluss, schnelle Reisemöglichkeiten und niedrige Transportkosten ermöglichen das. Investoren können auf der ganzen Welt Geld anlegen

«für einen schnellen Dollar»¹⁴, so Richard Rogers. Also liegt dem Investor auch nicht mehr an einer in allen Aspekten sinnvollen Investition in einem Bereich, den er aus eigener Anschauung kennt, sondern am schnellen Gewinn, egal wo. Die weltweiten Migrationsbewegungen sind ein anderer Aspekt der Auflösung von Grenzen. Aus den verschiedensten Gründen ziehen Menschen in ein anderes Land oder sogar auf einen anderen Kontinent. Oft sind es Hoffnungen auf ein besseres Leben oder die schlichte Unerträglichkeit der Zustände im Herkunftsland. Und da die Ursachen für diese Zustände in zunehmendem Mass nicht nur «hausgemacht» sind, überschreitet die Verantwortung dafür die nationalen und kontinentalen Grenzen. Die Informationstechnologien sind von Grenzen völlig unabhängig und nur noch von der Verbreitung der notwendigen technischen Einrichtungen abhängig. Sie sind es auch, auf die die von der Globalisierung Benachteiligten grosse Hoffnungen setzen. Grenzüberschreitend Wissen weiter geben, sich organisieren und dadurch mehr Einfluss gewinnen, ist zum Beispiel einer der grossen Vorteile des Internet. Daher ist es in Entwicklungsländern ausserordentlich wichtig, mit billiger Technik den Zugang dazu von den gewinnorientierten und teuren Telefongesellschaften unabhängig zu machen, so Saskia Sassen.¹⁵

Städte und Staaten

Eine der am deutlichsten erkennbaren Tendenzen ist die Verschiebung der ehemals zentralen staatlichen Macht in Richtung Regionen und Institutionen. Als regionale und in vielerlei Hinsicht institutionale Einheiten zugleich gewinnen die Städte dabei einen immer stärkeren Einfluss. In einer Welt, in der staatliche und nationale Grenzen für Güter und Menschen durchlässiger werden und in der internationale Firmen ihre Standorte frei wählen können, wird der lokale Bezug wichtiger als der nationale. Die Städte konkurrieren untereinander über alle Grenzen hinweg. Aber sie können sich auch zu Interessenverbänden zusammenschliessen, ähnlich wie es die Städte der Hansa im Mittelalter taten. Gegenüber den Staaten gewinnen sie zunehmend an Souveränität. Die Städte selbst sind es auch, die ihre Probleme selber lösen können und müssen. Nur sie kennen ihre Möglichkeiten und Beschränkungen gut genug, um wirkungsvoll eingreifen zu können. Bei Grossstädten mit mehreren Millionen Einwohnern ist eine Grössenordnung erreicht, die einem kleinen Land entspricht und ein eigenes Parlament rechtfertigt. Bei Megastädten in Asien wie beispielsweise Karachi (heute etwa 10 Mio. Einwohner) geht die Dezentralisierung bereits weiter und die Stadtbezirke werden zu den wichtigsten Entscheidungsträgern. Für eine erfolgreiche Stadtregierung und -verwaltung müssen den Städten aber auch vermehrt finanzielle Mittel und politische Macht zugestanden werden.

Neue Denksysteme und Institutionen

«Wir treten in eine Phase von Übergang und Chaos ein. Was wir heute erleben, ist keine Weiterentwicklung, sondern ein radikaler Umbruch»¹⁶, so Jorge Wilheim. Dieser Umbruch zwingt zu völlig neuen Lösungsansätzen und Denkmodellen, aber auch zu neuen Institutionen. Die bestehenden Ansätze werden immer schneller obsolet; die existierenden Institutionen sind aufgrund älterer Gegebenheiten entstanden, und weder ihre Strukturen noch ihre Einflussmöglichkeiten sind den neuen Problemen angepasst. Eine nationale Regierung beispielsweise hat weder auf die lokalen noch auf die globalen Probleme direkt Einfluss. Manche Aufgaben sind so schnell gewachsen, dass sie sich allein aufgrund ihrer Grösse der Einflussnahme etablierter Denk- und Machtinstrumente entziehen. Ein Beispiel ist das Abholzen der Regenwälder und der CO₂-Ausstoss der Industrienationen. Beides hat globale Auswirkungen, wird aber nur national geregelt – oder eben nicht geregelt. So entsteht die berechtigte Forderung nach einer weltweiten Institution, die eine Kontrolle über so globale Güter wie saubere Luft und ein erträgliches Klima ausübt. So eine Kontrollinstanz müsste aber im Denken der Menschen verankert und mit wirksamen Sanktionsinstrumenten ausgestattet sein, um überhaupt Wirkung entfalten zu können. Und dafür ist nicht nur die neue Institution notwendig, sondern auch ein weitgehendes Umdenken. Als Hauptproblem gilt dabei das Festhalten an alten Überzeugungen. Ein Kongressteilnehmer hat dazu Albert Einstein zitiert: «Wir können unsere Probleme nicht mit demselben Denken lösen, das sie geschaffen hat.»¹⁷

Lehren und Lernen

Sowohl im Bericht als auch während des Kongresses wurde immer wieder auf die Notwendigkeit des Lernens verwiesen. So sollen sich zum Beispiel die Arbeitnehmer in den Industrie- und Dienstleistungsländern ein Leben lang fortbilden, um auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig zu bleiben. In den bevölkerungsreichen Entwicklungs- und Schwellenländern sollte vor allem die Schulbildung verbessert werden. Man verspricht sich davon unter anderem mehr Rechte für die Frauen und sinkende Geburtenraten, denn besser ausgebildete Frauen beginnen erst später im Leben mit der Gründung einer Familie und bekommen weniger Kinder. Eine bessere Schulbildung soll das Verständnis für Umweltbelange verbessern. Bessere Ausbildungschancen und eine grundlegende Schulbildung für alle sollen helfen, soziale Ungleichheiten abzubauen. Neben der Ausbildung der Individuen ist aber auch die Fähigkeit und Notwendigkeit zu lernen für Institutionen und Gruppen betont worden. Durch die internationale Vernetzung ist es sehr viel einfacher geworden, aus den Lösungsstrategien anderer lernen können. Dabei können nicht nur die weniger entwickelten Städte von den weiter entwickelten lernen, sondern auch umgekehrt. Ärmere Städte haben zum Beispiel kein Geld für den teuren U-Bahnbau und etablieren deswegen günstige Buslinien auf eigenen Busspuren, die genauso so hohe Transportkapazitäten wie eine U-Bahn erreichen kön-

nen. Für manche hoch entwickelte Stadt, die ihre pro Kopf überproportional hohen Infrastruktureinrichtungen kaum noch finanzieren kann, wäre das ein gutes Vorbild. Insgesamt wurde immer wieder betont, dass die rasanten Umwälzungen, die permanent neue Probleme erzeugen und alte Lösungsansätze obsolet werden lassen, schnelles und lebenslanges Lernen notwendig machen.

Vergangenheit und Zukunft

In vielen Städten, vor allem in Asien, aber auch in anderen Teilen der Welt, ist innerhalb weniger Generationen eine ganze Tradition untergegangen und keine neue entstanden. «Die Städte befinden sich in einer Situation, wo sie das alte Wissen verloren haben und noch kein richtiges neues haben»¹⁸, so Samsook Boonabancha. Der Blick in die Zukunft bleibt spekulativ. Ältere Prognosen zur Entwicklung der Städte haben sich oft als falsch erwiesen und neue werden heute zu Recht mit Misstrauen gehört. Aber wir wissen nicht nur sehr wenig über die Zukunft; wir haben noch nicht einmal Begriffe, um das zu verstehen und zu beschreiben, was heute geschieht. «Wir haben nicht einmal Worte um die Gegenwart zu beschreiben. Wir können sie nur als post-modern, post-kolonial, post-kommunistisch etc. beschreiben»¹⁹, so Jorge Wilhelm. Wir wissen, dass fassbare Epochen und Entwicklungen vorbei sind. Was heute geschieht, ist immer weniger versteh- und kontrollierbar. In dieser Situation ist es erst recht notwendig, im Hinblick auf die Zukunft zu handeln und den Begriff nachhaltige Entwicklung mit Inhalten zu füllen. Schon in den 1970er-Jahren hat der kanadische Kommunikationswissenschaftler Marshall McLuhan unsere Unfähigkeit, im Hinblick auf die Zukunft zu agieren mit einer treffenden Metapher beschrieben: «Wir fahren in die Zukunft und blicken dabei ständig in den Rückspiegel der Vergangenheit.»²⁰

Ökologisch, ökonomisch, sozial und: schön

In Rio 1992 wurde der Begriff «nachhaltig» noch mit dem Zusammenspiel von nur drei Kategorien erklärt. Eine nachhaltige Entwicklung sollte unter ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten zukunftsfähig sein. Im Schlusssatz der Berliner Erklärung hat sich die Schönheit als vierte Kategorie dazu gesellt: «Wir glauben: Wenn wir die positiven Kräfte der Bil-

dung und der nachhaltigen Entwicklung, der Globalisierung und Informationstechnologie, der Demokratie und des verantwortungsbewussten Stadtmanagements, der stärkeren Rolle der Frauen sowie der Zivilgesellschaft nutzen, dann können wir auch wirklich Städte der Schönheit, Ökologie, Wirtschaft und der sozialen Gerechtigkeit schaffen.» Was auf den ersten Blick auf dem Hintergrund der sehr viel existenzielleren Probleme der Weltbevölkerung als Luxus anzusehen ist, stellt der englische Architekt Richard Rogers²¹ als wichtige Qualität der Städte heraus: «Städte sollten Orte sein, in denen man sich zu Hause fühlt, die den Geist ansprechen. Und das ist es, was Schönheit erreicht.»

Hansjörg Gadiant, dipl. Arch. ETH, 10999 Berlin.
hgadiant@aol.com

Anmerkungen

- 1 Saskia Sassen ist mit verschiedenen Publikationen, insbesondere zum Thema «globale Städte», bekannt geworden. Ihr neuestes Buch auf dem deutschen Markt ist: *Machtbeben*. Stuttgart und München 2000
- 2 Erarbeitet haben ihn die 14 Mitglieder der Weltkommission, eine international besetzte Gruppe mit 6 Vertretern aus Europa, 2 Vertretern und 1 Vertreterin aus Asien, 2 Vertretern aus Nordamerika, 2 Vertretern aus Südamerika und 1 Vertreterin aus Afrika. Koordiniert und ausformuliert haben ihn der Stadtplaner Sir Peter Hall aus London und der Inhaber des Beratungsbüros empirica, Ulrich Pfeiffer, im Auftrag des deutschen Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen. Der Bericht ist in der Form, wie er den Konferenzteilnehmern zur Verfügung stand, nicht publiziert. Im Buchhandel erhältlich ist der weitaus umfangreichere Hintergrundbericht dazu: Sir Peter Hall und Ulrich Pfeiffer: *URBAN 21 – Ein Expertenbericht zur Zukunft der Städte*. München 2000
- 3 «neo-liberale Tendenz»: Der Präsident der deutschen Architektenkammer, Peter Conradi, in einem Radiointerview am Morgen des letzten Kongresstags
- 4 «klinische Reinheit»: der Präsident von Habitat International Coalition, Indien, Kirtee Shah, auf dem Forum der Nicht-Regierungs-Organisationen am 5. 7. 2000. (Sämtliche Übersetzungen englischer Zitate durch den Autor)
- 5 «Desinteresse»: Saskia Sassen im Regional-Forum Asien am 6. 7. 2000
- 6 In: *Weltbericht zur Zukunft der Städte URBAN 21*. Berlin 2000. S. 11. Der Bericht ist nicht publiziert, der Wortlaut ist im Internet unter www.urban21.de einsehbar.
- 7 Wie Anm. 6
- 8 Kirtee Shah ist Präsident der Habitat International Coalition, India
- 9 Saskia Sassen ist Professorin für Soziologie an der Chicago University, USA
- 10 Heidemarie Wiecek-Zeul ist Bundesministerin für Entwicklungszusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland
- 11 Tommy Koh ist Sonderbeauftragter Singapurs und hat das Komitee zur Formulierung der Erklärung von Berlin geleitet
- 12 Jember Teferra ist Vertreterin des Integrated Holistic Approach Urban Development, Addis Abbeba, Äthiopien
- 13 Wie Anm. 8
- 14 Richard Rogers ist Stadtplaner und Architekt in London, England
- 15 Wie Anm. 9
- 16 Jorge Wilhelm ist Urbanist und Architekt in Sao Paulo, Brasilien
- 17 Zitiert hat ihn Kirtee Shah (wie Anm. 8)
- 18 Samsook Boonyabancha ist Secretary General der Asian Coalition for Housing Rights, Bangkok, Thailand
- 19 Wie Anm. 16
- 20 Zitiert hat ihn Chris Hamnett, King's College, London, beim Podiumsgespräch Gesellschaft und Stadt
- 21 Wie Anm. 14

Bilder

Quito, Ecuador. Von Günter Schmutlach